

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
Ausarbeitung	17
A. Einleitung	17
I. Einführung in die Thematik und Ziel der Ausarbeitung	17
II. Untersuchungsgegenstand und Gang der Darstellung	20
B. Diskussionsstand zu Entstehen, Fälligkeit und Höhe des Verlustausgleichsanspruchs	23
I. Meinungsbild vor 1999	23
II. Rechtsprechung des BGH	24
III. Rechtsprechung der Instanzgerichte nach 1999	29
IV. Aktuelles Meinungsbild in der Literatur	30
V. Zusammengefasstes Gesamtbild	35
C. Erstes Problemfeld: Höhe des Verlustausgleichsanspruchs	37
I. Ist der Jahresfehlbetrag eine vorgegebene und eindeutige Größe?	37
II. Wie wird der maßgebliche Jahresfehlbetrag bestimmt?	66
III. Schutz bei fehlerhafter Bilanzierung	76
IV. Gesamtfazit zum ersten Problemfeld	122
D. Zweites Problemfeld: Entstehen und Fälligkeit des Verlustausgleichsanspruchs	123
I. Einleitung	123
II. Entstehen eines Anspruchs	124
III. Auslegung des § 302 Abs. 1 AktG	125
IV. Gesamtfazit zum zweiten Problemfeld	159
V. Exkurs: Keine Klagebefugnis für Minderheitsaktionäre	160

Inhaltsübersicht

E. Drittes Problemfeld: Bilanzierung des Verlustausgleichsanspruchs	165
I. Ausweis des Verlustausgleichsanspruchs	165
II. Zeitpunkt der Aktivierung des Verlustausgleichsanspruchs	165
III. Gesamtfazit zum dritten Problemfeld	201
F. Zusammenfassung der zentralen Thesen	203
G. Einordnung der Ergebnisse gegenüber der BGH-Rechtsprechung	209
H. Schlussbetrachtung	211
Literaturverzeichnis	213

Inhaltsverzeichnis

Ausarbeitung	17
A. Einleitung	17
I. Einführung in die Thematik und Ziel der Ausarbeitung	17
II. Untersuchungsgegenstand und Gang der Darstellung	20
B. Diskussionsstand zu Entstehen, Fälligkeit und Höhe des Verlustausgleichsanspruchs	23
I. Meinungsbild vor 1999	23
II. Rechtsprechung des BGH	24
1. Urteil vom 11. Oktober 1999	24
2. Urteil vom 14. Februar 2005	26
3. Urteil vom 16. Juni 2015	27
4. Urteil vom 18. Januar 2022	28
III. Rechtsprechung der Instanzgerichte nach 1999	29
IV. Aktuelles Meinungsbild in der Literatur	30
1. Überwiegend zustimmende Auffassungen	30
2. Überwiegend ablehnende Auffassungen	33
V. Zusammengefasstes Gesamtbild	35
C. Erstes Problemfeld: Höhe des Verlustausgleichsanspruchs	37
I. Ist der Jahresfehlbetrag eine vorgegebene und eindeutige Größe?	37
1. Ausgangslage	37
2. Vorgegeben in tatsächlicher Hinsicht	38
a) Fragestellung	38
b) Wert ist keine Tatsache	39
c) Verteilung auf Perioden ist keine Tatsache	42
d) § 264 Abs. 2 S. 1 HGB macht Jahresergebnis nicht zur Tatsache	43
3. Vorgegeben nach Maßgabe des Totalgewinns	44
a) Begriff des Totalgewinns	44

Inhaltsverzeichnis

b) Betriebswirtschaftliche Verwertbarkeit des Totalgewinns für den Verlustausgleichsanspruch	44
c) Praktische und rechtliche Hindernisse der Anwendbarkeit auf den Verlustausgleichsanspruch	46
d) Ergebnis	49
4. Vorgegeben in rechtlicher Hinsicht	49
a) Zunächst kein eindeutiger Jahresfehlbetrag	50
b) Spielräume aus Ansatz- und Bewertungswahlrechten	50
aa) Erklärung	50
bb) Einschränkungen	51
(1) Aktivierungssperre gem. § 268 Abs. 8 S. 1 HGB (analog)	52
(2) Stetigkeitsgrundsatz	55
(3) Zweck des Wahlrechts sowie true-and-fair-view-Gebot	58
(4) Zwischenfazit	59
cc) Berücksichtigung in Literatur und Rechtsprechung	59
c) Auflösung von Gewinnrücklagen	60
d) Implizite Spielräume	61
e) Prognose- und Schätzungsspielräume	63
aa) Erklärung	63
bb) Einschränkungen	65
cc) Berücksichtigung in Literatur und Rechtsprechung	66
f) Zwischenfazit zum rechtlich zutreffenden Jahresfehlbetrag	66
5. Fazit zum Jahresfehlbetrag als eindeutige und vorgegebene Größe	66
II. Wie wird der maßgebliche Jahresfehlbetrag bestimmt?	66
1. Anforderungen an das Bestimmungsverfahren	67
2. Bestimmung durch Urteil ungeeignet	68
3. Bestimmung nur durch festgestellten Jahresabschluss	70
a) Feststellung schafft die erforderlichen Rechtswirkungen	70
b) Wortlaut geht vom festgestellten Jahresabschluss aus	71
c) Feststellung geschieht zeitnah und regelmäßig	72

Inhaltsverzeichnis

d) Beteiligte Organe sind zur korrekten Bilanzierung veranlasst	72
e) Beteiligung des Aufsichtsrats sichergestellt	73
f) § 14 Abs. 1 Nr. 3 S. 4 KStG hält Jahresabschluss für maßgeblich	74
g) Nur festgestellter Jahresabschluss wird geprüft	75
4. Zwischenfazit	76
III. Schutz bei fehlerhafter Bilanzierung	76
1. Vorbemerkung zu den Grenzen des Schutzes	76
2. Auffassung des BGH	77
3. Gegenmodell: Schutz durch vorhandenes Gesellschafts- und Bilanzrecht	79
a) Übersicht	79
b) Nichtigkeit des Jahresabschlusses	80
aa) Regelungsinhalt und Schutzwirkung des § 256 AktG	80
bb) Fehlerbegriff im Rahmen des § 256 AktG	82
cc) Schwächen des Schutzes aus § 256 AktG	87
(1) Wesentlichkeitsschwelle	87
(2) Heilung und Eintritt der Rechtskraft	89
c) Änderung fehlerhafter Jahresabschlüsse	90
aa) Korrektur fehlerhafter Jahresabschlüsse allgemein anerkannt	90
bb) Grenzen der Korrektur	92
(1) Beschränkungen außerhalb des Vertragskonzerns	92
(2) Beschränkungen haben im Vertragskonzern keine Grundlage	93
cc) Verfahren, Vereinfachung und Umfang der Korrektur	96
dd) Insolvenzverwalter wird Korrektur durchführen	99
d) Anschlussfragen	102
aa) § 302 AktG ist Anspruchsgrundlage für Rückführung überhöhten Gewinns	102
bb) Gutglaubensschutz sperrt Nach- und Rückforderungen nicht	105
(1) Keine normative Grundlage für Gutglaubensschutz	105

Inhaltsverzeichnis

(2) Planwidrige Regelungslücke liegt nicht vor	106
(3) Interessenlage ist nicht vergleichbar	109
cc) Bilanzielle Weisungen gelten fort	111
(1) Weisungsrecht umfasst Rechnungslegung	112
(2) Weisungen bestehen über Vertragsende fort	115
(3) Grenzen des nachvertraglichen Weisungsrechts	118
(4) Fazit zu bilanziellen Weisungen	121
4. Zwischenfazit zum Schutzkonzept zugunsten der beherrschten Gesellschaft	121
IV. Gesamtfazit zum ersten Problemfeld	122
 D. Zweites Problemfeld: Entstehen und Fälligkeit des Verlustausgleichsanspruchs	123
I. Einleitung	123
II. Entstehen eines Anspruchs	124
III. Auslegung des § 302 Abs. 1 AktG	125
1. Systematische Auslegung mit Blick auf das Bilanzrecht	126
a) Spielräume lassen positives und negatives Ergebnis zu	126
b) Wertaufhellende Tatsachen können Vorzeichen noch umwandeln	130
c) Feststellung eines Jahresfehlbetrags aus formalen Gründen am Bilanzstichtag nie gewiss	133
d) Zwischenergebnis	134
2. Auslegung des Gesetzeswortlauts	134
3. Einbeziehung der Rücklagenauflösung in die Auslegung	136
4. Teleologische Auslegung mit Rücksicht auf das Schutzbedürfnis	137
a) Abhängigkeit von der Feststellung beeinträchtigt das Telos	137
b) Die Schutzlücken im Einzelnen	139
aa) Aufsichtsrat und Vorstand lehnen Weisung ab	139
bb) Aufsichtsrat und Vorstand folgen der Weisung	140
cc) Aufsichtsrat folgt Weisung, Vorstand nicht	143
dd) Vorstand folgt Weisung, Aufsichtsrat nicht	144
ee) Zwischenergebnis	145

Inhaltsverzeichnis

c) Gesetz sieht Schutz auch vor freiwilligem Verzicht vor	145
5. Harmonisierende Auslegung zugunsten einer Vorauszahlungspflicht	146
a) Widerspruch der bisherigen Auslegung	146
b) Mittel der und Anforderungen an die Rechtsfortbildung	147
c) Vorläufigkeit des Vorauszahlungsanspruchs	148
d) Höhe des Vorauszahlungsanspruchs	150
e) Entstehen und Fälligkeit des Vorauszahlungsanspruchs	153
f) Vertragliche Vorauszahlungspflicht scheidet aus	156
g) Zwischenergebnis und Einordnung	158
IV. Gesamtfazit zum zweiten Problemfeld	159
V. Exkurs: Keine Klagebefugnis für Minderheitsaktionäre	160
 E. Drittes Problemfeld: Bilanzierung des Verlustausgleichsanspruchs	165
I. Ausweis des Verlustausgleichsanspruchs	165
II. Zeitpunkt der Aktivierung des Verlustausgleichsanspruchs	165
1. Einleitende Erwägungen	165
2. Diskussionsstand	166
3. Aktivierung des Verlustausgleichsanspruchs nach aktienrechtlichem Regime	168
4. Aktivierung des Verlustausgleichsanspruchs nach handelsrechtlichem Regime	169
a) Voraussetzungen der Aktivierung von (künftigen) Forderungen nach HGB	170
b) Abstrakte Aktivierbarkeit des Verlustausgleichsanspruchs	171
c) Konkrete Aktivierbarkeit des Verlustausgleichsanspruchs	174
aa) Einfluss des Realisationsprinzips	175
(1) Normative Grundlage	175
(2) Inhalt des Realisationsprinzips	176
bb) Einfluss des Einblicksgebots	178
(1) Normative Grundlage	178
(2) Inhalt des Einblicksgebots	179

Inhaltsverzeichnis

(3) EuGH-Rechtsprechung zum Verhältnis von Einblicksgebot und Bilanzierungsgrundsätzen	180
(4) Verhältnis von Einblicksgebot und Bilanzierungsgrundsätzen in der Literatur	182
(5) Stellungnahme zugunsten einer normativen Wechselbeziehung	184
(6) Zwischenergebnis	187
d) Anwendung auf den Verlustausgleichsanspruch	187
aa) Realisationsprinzip verlangt phasenungleiche Aktivierung	187
bb) Einblicksgebot verlangt phasengleiche Aktivierung	189
cc) Abwägung zugunsten phasengleicher Aktivierung	192
dd) Bilanzierung eines nicht vollwertigen Verlustausgleichsanspruchs	195
(1) Bilanzierung bei Zahlungsunfähigkeit der herrschenden Gesellschaft	195
(2) Bilanzierung bei Zahlungsverweigerung der herrschenden Gesellschaft	197
(3) Technik der phasenungleichen Bilanzierung	198
ee) Zwischenergebnis	200
5. Gegenüberstellung des bilanz- und aktienrechtlichen Regimes	200
III. Gesamtfazit zum dritten Problemfeld	201
F. Zusammenfassung der zentralen Thesen	203
G. Einordnung der Ergebnisse gegenüber der BGH-Rechtsprechung	209
H. Schlussbetrachtung	211
Literaturverzeichnis	213